

Niedersächsischer Städtetag

- Verband kreisfreier und kreisangehöriger Städte, Gemeinden und Samtgemeinden -

Prinzenstraße 23, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: post@nst.de

Presseinformation

Duderstadt, den 18. November 2004

Städtetag protestiert gegen Griff in die Kommunal-kassen

Wenig Verständnis hat der Niedersächsische Städtetag für die von der Landesregierung und den Mehrheitsfraktionen von CDU und F.D.P. im Niedersächsischen Landtag geplante Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs um 150 Millionen Euro ab dem Jahre 2005. Dies bekräftigte das Präsidium des Verbandes in seiner heutigen Sitzung in Duderstadt. Der Präsident des Verbandes, Oberbürgermeister **Martin Biermann**, Celle, bezeichnete den beabsichtigten Zugriff auf die kommunalen Einnahmen vor dem Hintergrund unverändert hoher Ausgabenbelastungen von Städten und Gemeinden, die vorwiegend durch Bundes- und Landesrecht bedingt seien, als nicht hinnehmbar.

„Wir wissen durchaus, dass das Land selbst erhebliche Haushaltsprobleme hat und sparen muss. Aber die Absenkung der im Grundgesetz verankerten Beteiligung von Städten, Gemeinden und Kreisen an den Steuereinnahmen des Landes steht in Widerspruch zu den Zusagen der neuen Landesregierung für eine kommunalfreundliche Politik und trifft gerade die finanzschwachen Kommunen besonders hart“, sagte Biermann. Der kommunale Finanzausgleich sei neben dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer die dritte wichtige Säule der Gemeindefinanzierung und keine disponible Masse, die im Belieben des Landes steht, sondern eine notwendige Grundlage für die Erfüllung der von Bund und Land gesetzlich geregelten Aufgaben von Städten und Gemeinden. Die Kürzung dieser Zuweisungen an die kommunale Ebene nötige Städte und Gemeinden zur Finanzierung von Pflichtaufgaben „auf Pump“, erläuterte Biermann. „Das Land muss bei sich selbst sparen und nicht

auf Kosten der Städte und Gemeinden“, fasste Biermann den Unmut der Mitglieder des Verbandes und des Präsidiums zusammen.

Der kommunale Finanzausgleich soll dazu dienen, die unterschiedliche eigene Steuerkraft von Kommunen bei gleichen gesetzlichen Aufgabenverpflichtungen durch Zuweisungen des Landes anzugleichen und eine landesweit einheitliche Aufgabenerledigung zu gewährleisten. Sein Volumen schwankte in den zurückliegenden Jahren zwischen 2,2 und 2,6 Mrd. Euro. Die geplante Reduzierung würde ein Absinken auf 2,25 Mrd. Euro im Jahre 2005 und damit noch deutlich unter das Niveau des Jahres 1992 bedeuten.